

UZ

Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Juni/Juli 2008

notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Bottrop is ne schöne Stadt...

Glosse

Nestbeschmutzung?

Das merkt schon keiner...

Seit Jahren fordert die DKP, für Bottrop einen Armutsbericht zu erstellen – das wurde entweder abgelehnt oder mit mehr oder weniger fadenscheinigen Gründen „verschoben“.

Irgendwie wird man das Gefühl nicht los, die großen Parteien und die von ihnen getragene Stadtverwaltung empfinden die Erstellung eines Berichts über die – in Bottrop ja erkennbar vorhandene – Armut als eine Art Nestbeschmutzung. Die von ihren Bundesparteien geduldeten, geförderten und zum Teil erst gemachte Armut empfinden sie als igit, als pfuibah – da schaut man nicht hin, da kann man eh nix gegen tun, also lassen wir es doch besser und verhindern eine Einsicht in die sozialen Probleme Bottrops, wo es nur geht.

Die DKP ist da anderer Meinung und Haltung: Der Finger muss in diese offene Wunde gelegt werden, es können und müssen Maßnahmen für die am Rande Stehenden ergriffen werden – damit wird meist auch den – noch etwas – Bessergestellten ebenfalls geholfen, die sich immer fragen müssen, ob am Ende des Geldes nicht zuviel Monat übrig ist.

Da kam der DKP im letzten Jahr eine Nachricht gerade zu recht: Im Auftrag des Familienministeriums veröffentlichte die Prognos AG nämlich einen „Familienatlas“ über die Lebensbedingungen für Kinder und Familien in allen 439 Landkreisen und kreisfreien Städten in Deutschland.

Bottrop hat bei dieser Vergleichsstudie erschreckend schlecht abgeschnitten.

Zum Beispiel ergaben sich für unsere Stadt folgende Ergebnisse (jeweils von 439):

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf (**Rang 344**)
- Wohnsituation und Wohnumfeld (**Rang 399**)
- Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche (**Rang 343**)
- Bildung und Ausbildung (**Rang 438**)

Die DKP-Ratsfraktion hat bei der Prognos AG eine Detailauswertung für Bottrop in Auftrag gegeben, um Impulse für kommunalpolitisches Handeln zu geben. Die Ergebnisse der Detailauswertung wurden von einer Mitarbeiterin der Prognos AG

im April in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt.

Dabei stellten sich in der Tat die oben erwähnten absolut schlechten Ergebnisse als wahr heraus. Es gab zwar auch einige positive Ergebnisse bei

- der Förderung der Jugendarbeit und
- der Nutzung öffentlicher Bibliotheken,

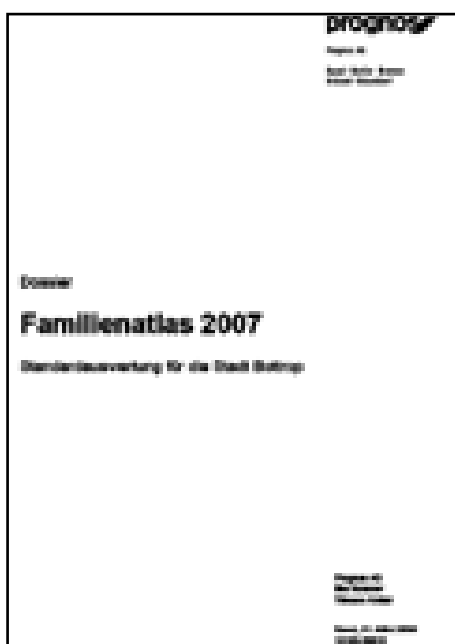
aber sonst sind die Ergebnisse durchschnittlich bis unterdurchschnittlich.

Insgesamt – so Prognos – gehört Bottrop zu den „passiven Regionen“, die „bislang verhältnismäßig wenig familienfreundliche Angebote vorhalten und gleichzeitig keine herausragend guten strukturellen Rahmenbedingungen haben“.

Gerade diese „Rahmenbedingungen“ sind es, vor denen die ach so großen Parteien immer noch die Augen verschließen, statt sie sich genauer anzusehen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die einer Gemeinde trotz Bundes- und Landesgesetzen noch möglich sind.

Übrigens: Inzwischen hat die Bundesregierung ihren „Armuts- und Reichtumsbericht“ und das Kinderhilfswerk der UNICEF ihren Report zur Lage der Kinder in Deutschland veröffentlicht. In keinem dieser beiden Berichte wird erwähnt, dass aus Bottrop keine Zahlen vorlägen – in Bottrop wollen interessierte Kreise diese Zahlen nur nicht zur Kenntnis nehmen, sie nicht veröffentlichen – und schon gar nichts gegen die Zustände tun, die sie widerspiegeln. HIER müssen WIR sagen: Pfuibah!

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020



Die Auswertung des Familienatlas 2007 für Bottrop kann noch im DKP-Büro abgeholt oder aus dem Internet unter www.dkp-bottrop.de herunter geladen werden.

... dachte sich Herr Hirschfelder (CDU) und übergab für einen Punkt die Sitzungsleitung des Wirtschaftsförderungsausschusses an Frau Rulberg (SPD), die dazu gar nicht berechtigt war. Die dachte sich wohl auch: Das merkt schon keiner – oder war einfach gebauchpinselt ob der Ehre – und übernahm für einen Tagesordnungspunkt, bei dem Herr Hirschfelder sich für befangen erklärte, weil er den Interessenten an einem Grundstück anwaltlich vertritt. Das merkte aber doch jemand: Herbert Dibowski, DKP-Vertreter in dem Ausschuss. So musste dieser Beschluss nachträglich für ungültig erklärt werden und wird irgendwann einmal neu verhandelt. Herr Hirschfelder ist Rechtsanwalt, er war mal Oberbürgermeisterkandidat der CDU – die DKP meinte damals: Wählen Sie ihn nicht, machen Sie keinen Hirschfehler... Er wurde ja dann auch nicht OB. Hirschfehler macht er jetzt selbst!

Ruf doch mal an im DKP-Büro: ☎ 688157 oder komm doch mal vorbei: Germaniastr. 54 oder im Internet: www.dkp-bottrop.de

Gegensätze

Zwei Arten, mit Kindern umzugehen

Am 1. Juni war der „Internationale Kindertag“. Dieser Tag ist von hochaktueller Bedeutung angesichts Hartz-IV-bedingter Kinderarmut von 2 Mio. der rund 11,5 Mio. Kinder bis 18 Jahre in diesem Deutschland der Reichen.

Hier wird Gesundheitsfürsorge für Kinder zur Privatsache erklärt, Kindergartenplätze für sehr viele Eltern unbezahlbar sind, Zehntausende Kinder von einer warmen Mittagsmahlzeit in der Schule ausgeschlossen sind und nicht an Klassenfahrten teilnehmen können, weil die Eltern das nicht bezahlen können.

Es gab ein deutsches Land, in dem der 1. Juni ein fröhlicher Feiertag für alle Kleinen und auch schon etwas Größeren war. Ein kinderfreundliches Land. Schon im Jahr 1950 wurde in der noch jungen DDR das „Gesetz zum Schutze von Mutter und Kind und die Rechte der Frau“ erlassen. Es wurde über vier Jahrzehnte Arbeitsprogramm für eine zielstrebige, auf das Wohl der Kinder gerichtete Politik. Über 10 000 Mütterberatungsstellen sorgten sich um schwangere Frauen und übernahmen nach der Geburt gemeinsam mit Kinderärzten die Betreuung. Ein staatliches Vorsorgeprogramm für Säuglinge und Kleinkinder, ein zum Wohle aller Kinder praktiziertes Programm von Pflichtschutzimpfungen, ärztliche und zahnärztliche Reihenuntersuchungen in den Kinderkrippen mit zuletzt 353.203 Plätzen, den 13.399 Kindergärten und den Schulen bis zum Ende der Berufsausbildung, sicherte eine gesunde Entwicklung der jungen Generation.

Es gab Geburtenbeihilfen von 1.000 Mark nach mindestens zweimaligem Aufsuchen der Beratungsstellen während der Schwangerschaft und monatlichem Vorstellen des Neugeborenen in den ersten vier Lebensmonaten. Das waren gute Grundlagen für wichtige Anschaffungen. Es war viel Geld damals. Ab 1972 halfen den jungen Eheleuten zinslose Kredite von 5 000 Mark mit acht Jahren Laufzeit und monatlichen Tilgungsraten von 50 Mark, allein 1988 wurden dafür

mehr als 88 Millionen Mark ausgegeben. Einen Krippenplatz zu bekommen, war angesichts des hohen Frauenbeschäftigungsgrades von über 83 Prozent über Jahre hinweg nicht einfach, aber 1988 gingen immerhin 80 Prozent aller Kinder im Alter von ein bis drei Jahren für 25 Mark monatlich bei voller Verpflegung in eine Kinderkrippe. Heute wird in der Bundesrepublik als Ziel für 2013 ein Versorgungsgrad von 35 Prozent angestrebt. Und was wird ein Platz kosten?

95 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen besuchten den Kindergarten, der die Eltern außer einem täglichen Essengeld von 50 bis 80 Pfennigen nichts kostete. Kindergeld für alle Kinder, ab 1987 150 Mark pro Kind, und seit 1986 das bezahlte Babyjahr bereits beim ersten Kind für alle Mütter waren weitere Bestandteile der Politik.

Die Preise für Kinderbekleidung und Kinderschuhe wurden staatlich subventioniert. Der Ausschluss von der Schulspeisung mit täglich warmem Mittagessen, etwa weil die Eltern das tägliche Entgelt von 30 bis 50 Pfennigen – für kinderreiche Familien war das kostenlos - nicht bezahlen konnten, war undenkbar. Es gab kein Kind, das aus finanziellen Gründen nicht an Klassenfahrten teilnehmen konnte und zweiwöchige Fahrten in Kinderferienlager für 20 bis maximal 40 Mark waren fest eingeplant (Kinder aus kinderreichen Familien und von allein erziehenden Müttern zahlten nichts). Schon 1971 schlossen 80 Prozent aller Kinder die zehnklassige Polytechnische Oberschule ab und jeder, der nicht in Abiturklassen überwechselte, erhielt eine Lehrstelle. Nicht immer die, die er sich wünschte, aber in jedem Falle eine, auf die er aufbauen konnte und nach Abschluss der Lehre gab es mit Sicherheit einen Arbeitsplatz.

Die Einstellung zum Kind zeigt, wie kaum ein anderer Indikator, das Wesen einer Gesellschaftsordnung. Eine auf das Wohl der Kinder orientierte Politik erfordert die Überwindung des kapitalistischen Systems, das nur den Maximalprofit als Maßstab kennt und in dem sich deshalb Kinder „nicht rechnen“.

Gertrud Schulz, Tel 684055

Kommentar

Tibet und die Realität

Angesichts der inzwischen etwas abgeflauten Debatte um den von interessierten Kreisen geforderten Boykott der Olympiade in China ist es nötig, mal ein wenig Geschichtsforschung zu betreiben und ein paar Fakten zu nennen:

- Tibet ist zu keinem Zeitpunkt der Geschichte von irgendeinem Land der Welt als eigenständig anerkannt worden. Selbst der Dalai Lama erkennt Tibet neuerdings als integralen Bestandteil Chinas an. (Tagesspiegel vom 19.5.2008)
- Vor dem Einmarsch der Chinesischen Befreiungsarmee (1949 - 51) war Tibet eine theokratische Sklavenhaltergesellschaft. Einer kleinen Elite von Geistlichen, Adligen und Verwaltern stand eine Mehrheit der Tibeter gegenüber, die bei grausamen Bestrafungen in Rechtlosigkeit, Armut und Unwissenheit gehalten wurde.
- Der Buddhismus, zumindest der tibetische, ist keineswegs eine so friedfertige Religion, wie der Dalai Lama glauben machen will. Die Mönche, zur Elite gehörend, rechtfertigten das gute oder schlechte gegenwärtige Leben mit der guten oder schlechten Lebensweise im vorangegangenen Leben.
- Während der Kulturrevolution (1966 - 1976) wurden tibetische Kulturgüter und Tempel zerstört. Diese Erscheinungen waren jedoch nicht auf Tibet beschränkt. Ab den späten 70er Jahren wurde der Wiederaufbau in Angriff genommen.
- Tibet ist ein autonomes Gebiet (in dem freilich nicht alle Tibeter leben) mit eigener Amtssprache (neben Chinesisch) und eigenen kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen.



Jörg Wingold

- In den letzten 50 Jahren haben sich in Tibet sowohl die Bevölkerung als auch die Lebenserwartung verdoppelt.
- Die ursprüngliche Sprachregelung in den bürgerlichen Medien zur Darstellung der Ereignisse vom 14. März 2008 – „Friedliche tibetische Proteste werden von chinesischen Behörden gewaltsam niedergeschlagen“ – wird kaum noch wiederholt. Damit wird indirekt zugegeben, dass die offizielle chinesische Darstellung, wonach die Gewalt von Tibetern ausging und sich in erster Linie gegen chinesische Privatleute richtete, nicht zu widerlegen ist. „Das IOC ist keine Weltregierung, das die Länder in Gut und Böse einteilt. Und wenn Sie sagen: Die Menschenrechte müssen erst erfüllt sein, bevor Sie die Spiele an ein Land vergeben. Wie gehen Sie dann mit einem Land um, das auf einem fremden Kontinent einen nicht von den Vereinten Nationen legitimierten Krieg führt, das die Todesstrafe verhängt und auf dessen Territorium aufgrund ausdrücklicher Intervention seines Präsidenten der Geheimdienst foltern darf?“ Diese Antwort gab Thomas Bach, Vizepräsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes im Gespräch mit der FAZ (FAZ, 26.3.2008, Seite 30. Jörg Wingold, Tel. 685911

Gegen Sozialdemagogie und Angriffe auf die ältere Generation

Kein „Krieg der Generationen“

Der Arbeitskreis Wirtschafts- und Sozialpolitik der DKP Ruhr-Westfalen protestiert entschieden gegen die Äußerung des früheren Bundespräsidenten Herzog, in der er im Zusammenhang mit der außerplanmäßigen Rentenerhöhung von 1,1 Prozent behauptete: „Die Älteren werden immer mehr, und alle Parteien nehmen überproportional Rücksicht auf sie. Das könnte am Ende in die Richtung gehen, dass die Älteren die Jüngeren ausplündern“.

Der Arbeitskreis Wirtschafts- und Sozialpolitik stellt fest:

Herr Herzog erhält Ruhebezüge von 16.545 Euro im Monat, und das 13mal im Jahr. In den alten Bun-

desländern betrug die durchschnittliche Altersrente für Männer 969 Euro, für Frauen 648 Euro. Die Kaufkraft von Rentnerhaushalten ist in den letzten fünf Jahren um 8,5 Prozent zurückgegangen. Herr Herzog ist also der letzte, der den Rentnern irgendwelche Ratschläge erteilen sollte: er spricht bestenfalls wie ein Blinder von der Farbe.

Die wahren Plünderer in unserer Gesellschaft sind Großkonzerne und „Investoren“, die – wie z.B. Nokia – immense Profite erzielen, zum Teil noch öffentliche Subventionen kassieren und nach wenigen Jahren die ausgepressten Belegschaften auf die Straße werfen, ebenso wie Manager, die ihren Einsatz für die Rendite der Großaktionäre mit Millionengehältern vergoldet bekommen.

Richtig ist, dass die „außerplanmäßige Rentenerhöhung“ im Kern nichts ist, als ein Wahlgeschenk im

Hinblick auf die kommende Bundestagswahl (weswegen sie ja auch hinterher wieder einkassiert werden soll). Trotzdem reicht sie noch lange nicht aus, die Einkommensverluste der Rentner der letzten Jahre auszugleichen.

Herr Herzog und einige Politiker aus CDU und FDP verfolgen mit der losgetretenen Rentendebatte nur das Ziel, die jüngere gegen die ältere Generation auszuspielen. Nichts kann die Arbeiterklasse dieses Landes jedoch weniger gebrauchen als einen „Krieg der Generationen“. Was wir brauchen, ist die Einsicht, dass dem verschärften Klassenkampf von oben durch Klassenkampf von unten begegnet werden muss und die Bereitschaft, diese Einsicht in Betrieben, Verwaltung und Gewerkschaft, in der Kommune und im Wohnviertel in die Tat umzusetzen.

Herbert Dibrowski, Tel. 33855

Prisma und mehr

Werbung für Jugendkombihaus nötig

Das Prisma, Untermieterin im Jugendkombihaus Bottrop, hat sich zu einer angesagten Adresse in der Disco-Landschaft der Umgebung entwickelt.

Leider nur für Menschen ab 18 Jahre und nur am Wochenende. Darüber hinaus wird das Prisma gerne genutzt für allerlei Empfänge der Stadt und in der nächsten Saison für Kabarett- und andere Kulturveranstaltungen. Bisher fanden nur wenige Disco-Angebote für Jugendliche oder Kinder statt.

Prisma ist aber nur eines der Bestandteile des Jugendkombihauses. Die evangelische Kirche betreibt dort einen offenen Kinder- und Jugendbereich. Es gibt eine Anlauf- und Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit, es werden Jugendliche auf die Ausbildung in verschiedenen Berufen vorbereitet und es gibt Tagungsräume, die von Verbänden und Vereinen genutzt werden können. Eine Einrichtung für einen Stadtteil, wie man sie sich wünscht, was die Möglichkeiten angeht.

Leider hat sich der Rat der Stadt Bottrop nicht dazu durchringen können, der Arbeit im Jugendkombihaus einen festen Etat zu gewähren. Die DKP-Fraktion hatte in den Haushaltsberatungen als einzige Partei 30.000 Euro für Kinder- und Jugenddiscos und andere Veranstaltungen gefordert. Der Bedarf ist da. Bedarf für bezahlbare Jugend- und Kinderdiscos, Bedarf auch für regelmäßige Tanzveranstaltungen für behinderte junge Menschen, Bedarf für ein Jugendcafe, das nicht nur zu Prisma-Disco-Zeiten geöffnet hat.

Jugendarbeit gibt es nicht zum Nulltarif. Damit alle Chancen des Jugendkombihauses künftig genutzt werden, müssen diese jetzt an Schulen und im Stadtteil bekannt gemacht werden!

Dagmar Gerber, Tel. 96227

zunächst einmal gestoppt. Die DKP wird weiterhin wachsam sein und die Bürger über das weitere Verfahren informieren.

Michael Gerber, Tel. 96227

RWE

Griff in die Taschen der Bürger

Der Müll aus den Bottroper Haushalten wird im Müllheizkraftwerk (MHKW) Karnap entsorgt. Ebenso der Abfall aus den Städten Essen, Gelsenkirchen, Mülheim und Gladbeck.

Zusammen bilden die Städte den sogenannten Karnap-Verbund. In dem MHKW wird Müll verbrannt und die Energie zur Stromerzeugung genutzt. Das MHKW gehört dem RWE-Konzern. Der Karnap-Verbund hat mit RWE eine Vereinbarung, dass bis Ende 2014 ihr Müll dort entsorgt wird. Seit Monaten wird hinter verschlossenen Türen über einen neuen Vertrag für die Jahre ab 2015 verhandelt.

Finanziert wurde der Bau des MHKW vor 20 Jahren zu 60 Prozent durch Gelder des Landes NRW (120 Millionen DM) und von den Gebühren der Einwohner aus den beteiligten Städten (300 Millionen DM). Nur zu 40 Prozent hat das RWE die Anlage selber finanziert. Damit gehört das MHKW eigentlich mehrheitlich der Allgemeinheit. Tatsächlich ist jedoch das RWE alleiniger Eigentümer der Anlage

und hat sich diese von dem Land und den Bürgern finanzieren lassen.

Als eines der größten Energiekonzerne Europas ist das RWE vorrangig an der Steigerung seiner Profite interessiert. Aus diesem Grund will das RWE nicht erst ab 2015 eine neue vertragliche Regelung für die Zukunft des MHKW, sondern bereits ab Januar 2008. Dazu sollen die Müllgebühren bis 2015 für die Bürger der Karnap-Städte um insgesamt 21 Millionen Euro über das vertragliche Maß hinaus steigen. Für das RWE ein willkommener Zusatzgewinn.

Das RWE will sich künftig auf die Stromerzeugung in Karnap konzentrieren. Den Betriebsteil der Müllverbrennung sollen die Karnap-Städte übernehmen. Dazu sollen sie eine Betreibergesellschaft gründen, die dann das RWE mit dem laufenden Betrieb beauftragt. Mit anderen Worten: Bottrop und die anderen Karnap-Städte sollen dem RWE



**Kann man auch anders verstehen:
Das Logo von RWE mit der Hand...**

den Betriebsteil der Müllverbrennung abkaufen, den die Öffentliche Hand beim Bau zu dem größten Teil bereits selbst finanziert haben. Für den RWE-Konzern ein lohnendes Geschäft. Die Zeche müssen die Bürger mit höheren Müllgebühren bezahlen. Bisher hat sich nur die DKP-Fraktion entschieden öffentlich gegen dieses Ganovenstück geäußert.

Den Plänen des RWE hat jetzt die Stadt Mülheim einen Strich durch die Rechnung gemacht. Einstimmig hat der zuständige Ratsausschuss sich gegen das geplante Vertragswerk ausgesprochen. Jetzt herrscht beim RWE und im Rathaus Bottrop große Ratlosigkeit, wie es weiter gehen soll. Der Griff in die Tasche der Verbraucher ist

DKP – 40 Jahre

... und kein bisschen leiser

Im September wird die DKP 40 Jahre alt. Auch in Bottrop wurde 1968 eine Kreisorganisation gegründet. Vorangegangen waren dem die Gründung der KPD 1919, die Verfolgung während des Faschismus, die Fortsetzung der Arbeit 1945, das Verbot durch die Adenauer-Regierung 1956, die Arbeit in der Illegalität - und dann 1968: Die Deutsche Kommunistische Partei.

Über die 40 Jahre hat es fast 35 Jahre in Bottrop eine DKP-Fraktion gegeben – also doppelt Anlass zur Rückschau. Was also tun? Eine hundertseitige Jubelbroschüre fertigen? Schöne viele bunte und schwarzweiße Bildchen veröffentlichen? Oder einfach Fakten darstellen – und ein paar wenige Abbildungen einstreuen? Das ist es, was hier auf zwei Seiten erfolgen soll: Nüchtern, wie eine Tabelle, die Arbeit der DKP-Fraktion aufzeigen – nur die ersten zehn Jahre (Fortsetzung folgt) – und Sie, liebe Leser, werden merken: Vieles schon einmal dagewesen, um manchen wurde schon vor mehr als dreißig Jahren gekämpft und die Gegner waren immer die gleichen...

Hier also die ersten zehn Jahre DKP-Fraktion



- DKP ist mit Clemens Kraienhorst und Heinz Czymek bei 5,3 % der Stimmen im Rat der Stadt, OB befürchtet, die Sitzungen könnten jetzt länger dauern.
- DKP richtet „Zentrum“ an der Gladbecker Straße ein, führt dort regelmäßig Sprechstunden durch.
- DKP solidarisiert sich mit Schulstreik.
- Großes Volksfest anlässlich des 65. Geburtstags von Kraienhorst.
- Proteste gegen Jubelfeiern der Marinekameradschaft für „Loewenfelder“.
- Am 12.5. stirbt Wilhelm Christmann, langjähriges Ratsmitglied für die DWU und Mitbegründer der DKP in Bottrop.
- Änderungsvorschläge der DKP zum Etat werden abgelehnt (daunter: beschleunigter Ausbau des Volksparks Batenbrock).



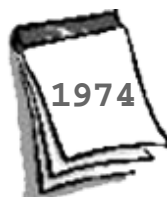
- „Endgültiges“ Ende der Pläne, ein Theater an der Ecke Osterfelder/ Hans-Böckler-Straße zu bauen.
- DKP unterstützt Forderung von Jugendlichen nach Bau eines Hauses der Offenen Tür.
- DKP deckt Skandal bei der Bottroper Firma Mengede auf.
- DKP warnt vor Eingemeindung der Stadt nach Essen.
- Bürgerversammlung der DKP in Vonderort wegen mangelnder Gesundheitsversorgung und Rattenplage, DKP setzt sich für Arzt, Apotheke und Telefonzelle in Welheim ein, die dort fehlen.
- DKP engagiert sich beim Kampf gegen Lehrermangel.



- DKP fordert kostenlose Wohnungsvermittlung.
- DKP engagiert sich gegen Umweltverschmutzung durch Zentralkokerei und Schlammtröcknungsanlage.
- Weiterer Protest gegen kommunale „Neuordnung“.
- Beteiligung und Hilfe für Mieterinitiative der „Gefiva“-Siedlung in der Innenstadt.
- DKP fordert Lösung des Gehwegproblems an der Prosperbrücke.
- Weiteres Engagement gegen Lehrermangel.
- Großes Volksfest am 9. 9. im Lichthof der Berufsschule.



- DKP beteiligt sich am Kampf gegen „Glabotki“, während CDU und SPD dafür sind.
- DKP fordert Bau eines „Hauses der Jugend“, einer Stadthalle, eines Freibades im Volkspark Batenbrock.
- DKP unterstützt Mieter der Ruhrkohle gegen Mieterhöhung, die Anwohner protestieren mit Transparenten „RAG macht Bruchbuden zu Goldminen“ und erringen vor Gericht Erfolg.
- Die Rasherren Kraienhorst und Czymek werden vor Gericht freigesprochen. Sie hatten den Vorwurf erhoben, höhere Beamte würden auf dem Wochenmarkt kostenlos „einkaufen“, wogegen geklagt wurde. Die DKP-Ratsherren konnten Beweise für die Richtigkeit ihrer Behauptung vorlegen.
- DKP setzt sich für Abenteuerspielplätze in Bottrop ein.
- DKP lässt auf eigene Kosten Schulbus nach Vonderort fahren, weil der reguläre eingestellt werden soll.
- Großes Kinderfest der DKP im Eigen.



- Schulbus nach Vonderort fährt wieder.
- DKP engagiert sich gegen Waschbergetransporte auf der Straße.
- DKP fordert Stelle für Schulpsychologen.
- Große Feier des Internationalen Frauentages, der zu dieser Zeit fast ausschließlich von Kommunisten begangen wird.
- Großes Kinderfest der DKP auf dem Sportplatz an der Paßstraße.
- DKP bemängelt Zustand der Kinderspielplätze in Bottrop.
- DKP führt erste „Preisstopaktion“ durch – Verkauf von Nahrungsmitteln zu Erzeugerpreisen.
- DKP richtet eine „Nachmittagsschule“ für Nachhilfe von Schülern ein.
- 1.600 Kinder beim DKP-Nikolaus.



- DKP protestiert gegen fehlende Kindertagesstätten. Kinderkarneval der DKP.
- Zweite Ferienfahrt der DKP in DDR-Ferienlager, jedes Jahr bis 1989.
- Stadt bekämpft endlich Rattenplage (siehe 1971).
- Erstes Fußballturnier der DKP für Freizeitmannschaften („Thekenmannschaften“), diese Aktion wird ab diesem Jahr jedes Jahr durchgeführt, bis die Stadt selbst einen entsprechenden Freizeitsportpokal stiftet. Zum Abschluss gibt es einen „Sportlerball“.
- Großes Volksfest, DKP engagiert sich weiter gegen „Glabotki“.
- DKP zieht mit vier Vertretern in den Rat der Stadt ein (Kraienhorst, Czymek, Meichsner, Kroll).
- Kraienhorst eröffnet die Sitzung des Rates als Alterspräsident.
- Nachmittagsschule und Engagement gegen Bergetransporte und für Haus der Jugend werden fortgeführt.
- Protest der DKP gegen Preiserhöhung bei der „Vestischen“.
- DKP veröffentlicht Pläne, Bottrop nach Essen einzugemeinden und ruft auf, Kampf um Selbständigkeit zu führen: „Kein Fressen für Essen!“
- Mieterversammlung an der Robert-Brenner-Straße gegen Mieterhöhung – Gemeinnützigkeit macht Rückzieher.



- DKP unterstützt Bürgerinitiative für Selbständigkeit Bottrops: „Bottrop darf kein Vorort werden!“ In der Presse wird kolportiert, Kraienhorst sei mit der DKP stark genug, nötigenfalls auch in den Rat der Stadt Essen einzuziehen und dort den OB zu vereidigen, falls Bottrop nach Essen eingemeindet werden sollte.
- SPD will in dieser Frage der DKP das Feld nicht überlassen. DKP-Fraktion verlässt Ratssitzung am 12.2., nachdem CDU und SPD in Sachen Neuordnung keine Stellungnahme abgeben wollten.
- Erneut Proteste gegen Bergetransporte.
- Demonstration am 27.2. gegen Eingemeindung mit Beteiligung der DKP – ca. 2.500 Teilnehmer – Erfolg im Mai.
- DKP fordert Ampel vor Rheinbabenschule.

DKP – 40 Jahre

- Großes DKP-Volksfest in der Innenstadt und Kinderfest im Mai. Auf dem Volksfest erscheint ein CDU-Funktionär und zieht bei einer Diskussion eine Pistole, Vorfall geht glimpflich aus.
- DKP weist auf Umweltbelastung durch Kokerei hin.
- In den Ferien führt DKP täglich Aktion mit Spielmobil „Willibald“ durch. Aktion von Kindern mit Unterstützung der DKP im Rat der Stadt für ein städt. Spielmobil, Spielstraßen und Jugendzentren. OB Wilczok flüchtet.
- Bei Kommunalwahl zieht DKP mit fünf Vertretern in den Rat: Kraienhorst, Czymek, Meichsner, Kroll und Bobrzik. Der Kommunist Kraienhorst vereidigt den Oberbürgermeister auf die Verfassung.
- DKP unterstützt Forderung der Anwohner der Heidestraße nach Tempo-30-Zone. Ein Jahr später ist es so weit.



- DKP fordert erneut Kindertagesstätten.
- DKP setzt sich für Schüler- und Elternvorschläge bei Benennung von Realschule und Gymnasium ein: Marie Curie und Heinrich Heine, während Verwaltung „Arenberg“ und „Gustav Ohm“ bevorzugt.
- Proteste gegen weitere Gebühren- und Diätenerhöhungen.
- Amtsgericht Bottrop will Helmut Kohl und FJ Strauß vernehmen im Prozess gegen DKP-Kreisvorsitzenden Meichsner, wegen dessen Behauptungen über Verwicklung der beiden in illegale Finanzgeschäfte.
- DKP protestiert gegen Bau des ZOB, der den Marktplatz verkleinert.
- DKP fordert Bau von Kindergärten im Brinkmannsfeld und an der Mühlenstraße, eines Ärztehauses sowie einer Gesamtschule im Eigen.
- DKP unterstützt Forderung nach einem Jugendhaus in der Boy.
- DKP fordert Erhalt der Sauna im Hallenbad.
- DKP veröffentlicht umfassendes Programm zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit in Bottrop, OB Wilczok entzieht DKP-Fraktionsvorsitzendem Czymek zu diesem Thema das Wort, DKP verlässt die Sitzung.
- DKP setzt sich weiter gegen Lehrernotstand und Bildungsgefälle zum Bottroper Süden ein.
- DKP lehnt geplanten Bau einer S-Bahn-Trasse mitten durch die Stadt ab.
- DKP unterstützt Mieterinitiative an der Agnes-Miegel-Straße und für Ampelanlage an Rheinbabenschule.



- Berufsverbotsfälle in Bottrop: Zugmelder am Hauptbahnhof Bottrop und zwei Lehrer sind von Berufsverbot bedroht.
- Fortsetzung des Kampfes gegen die Bergetransporte auf der Straße.
- DKP fordert erneut Jugendhaus für die Boy.
- SPD fordert Bau eines Saalbaus mit der Begründung: „Die DKP hat behauptet, wir wollten im Rathausbereich nur für die Verwaltung bauen, das hat uns veranlasst, den Saalbau vorzuschlagen.“
- DKP wehrt sich dagegen, bei der Stadtplanung den Süden abzuschreiben.
- DKP gegen „neues“ Stadtwappen, bei dem der Bestandteil Bergmannshammer zu Gunsten der aus der Nazizeit stammenden Wolfsangeln wegfällt.
- DKP fordert, die Bottroper Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers offiziell zu tilgen, dies führt zu einer „Willenserklärung“ des Rates der Stadt.
- DKP-Kreisvorsitzender Meichsner wird zur Zahlung einer Geldbuße verurteilt, weil er vor Gericht nicht habe nachweisen können, dass FJ Strauß sich persönlich in der Lookheed-Affäre bereichert habe.
- DKP fordert drei betreute Kinderspielplätze.
- DKP fordert im Rahmen des Schulentwicklungsplanes erneut eine Gesamtschule im Eigen.
- DKP fordert Notdienst der Zahnärzte in Bottrop und Verbesserung der ärztlichen Versorgung in den Stadtteilen.
- Drei Mädchen ketten sich aus Protest gegen Jugendarbeitslosigkeit für 20 Stunden in der Innenstadt an.
- DKP beantragt, Mahnmahl für Opfer des Faschismus zu errichten.



- Erneut Protest gegen Gebührenerhöhungen.
- SPD-Fraktionssprecher Schmitz entschlüpft in einer Ratssitzung folgender Satz: „Was immer die SPD will, sie muss zwangsläufig auf ursprüngliche Forderungen



Erste Ausgabe der NOTIZEN von Ende 1969

der DKP zurückgreifen, die immer Idealziele für Bottrop aufgestellt hat.“

- DKP spricht sich für Einrichtung eines Umweltausschusses aus.
- Karnevalsfeier der DKP in der Lutherschule.
- Großveranstaltung am 28.2. im Lichthof der Berufsschule gegen Berufsverbote mit ca. 1.200 Teilnehmern. CDU- und SPD-Fraktionen fehlten, DKP nahm teil.
- DKP deckt auf, dass der Vorsitzende der Bottroper Schüler-Union, Urban Hessling, Zuträger des Verfassungsschutzes ist.
- Einsatz gegen Smoggefahren in Bottrop.
- Einsatz der DKP für Mieter der Veba im Eigen und der AGV in Stadtmitte.
- DKP fordert Ampelanlage Ecke Ostring/Prosperstraße mit einem „Ersatzschupo“, der den Verkehr regelt, einer symbolischen Ampel und Transparenten.
- DKP ist gegenüber Kohleölanlage skeptisch, vor allem aus ökologischen Gründen, aber auch, weil die Frage der Arbeitsplätze ungeklärt ist. Später wird so gar diskutiert, die für die Prozesse notwendige Energie aus einem Kernreaktor zu gewinnen.
- DKP sorgt mit betroffenen Bürgern für Erhalt von Häusern an der Gladbecker Straße.
- DKP unterstützt Kampf gegen Schließung der Station „K“ des Knappschaftskrankenhauses.
- Erste „Schultüten-Aktion“ der DKP für I-Männchen.
- DKP unterstützt Kinderumzug für ein Spielmobil, Spielplätze, Spielstraßen und einen Abenteuerspielplatz.
- Nach der Kommunalwahl ziehen wieder fünf Kommunisten in den Rat der Stadt. Kraienhorst vereidigt erneut OB Wilczok auf das Grundgesetz.
- DKP ist mit Umweltmeßwagen unterwegs und stellt vor allem in der Welheimer Mark erhebliche Belastungen fest.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe Ihrer Bottroper NOTIZEN.

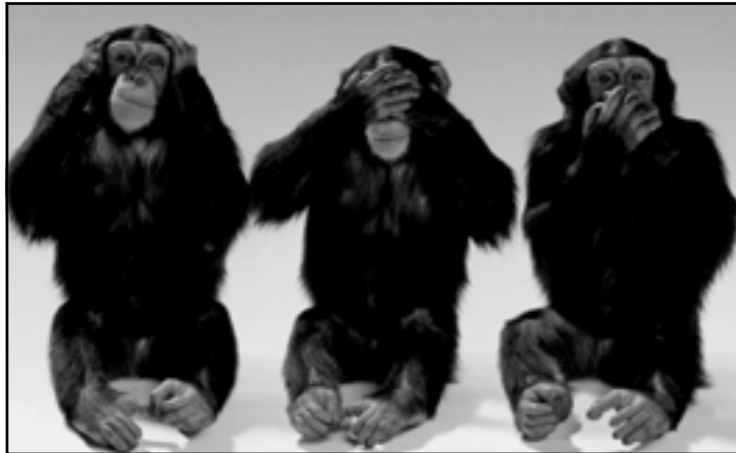
Klimaanalyse Bottrop

Nicht lesen, nicht zuhören, nicht handeln...

Manchmal fragt man sich: Lesen die Ratsvertreter der „großen“ Parteien eigentlich, was ihnen auf den Tisch kommt? Und wenn sie es lesen: Haben sie es verstanden? Und wenn sie es verstanden haben: Warum, verdammt noch mal, handeln sie dann nicht danach?!

Aktuelles Beispiel: Die erst kürzlich den Ratsvertretern zur Verfügung gestellte „Klimaanalyse Stadt Bottrop“ des Regionalverbandes Ruhr (RVR) aus dem Jahre 2006. Ausgedruckt umfasst das Werk immerhin 257 Seiten – plus Karten im Anhang. Es kann also nicht daran liegen, dass keine Bildchen dabei sind – denn zusätzlich sind darin auch noch dutzende Grafiken.

Einfach ausgedrückt hat der RVR im ganzen Stadtgebiet Temperaturen, Windgeschwindigkeit und Luftaustausch gemessen und dabei schon ein paar gravierende Unterschiede festgestellt. Meist waren diese abhängig von der Enge der Bebauung, dem Umfang der Bepflanzung und der Qualität des Luftdurchzugs. Anders ausgedrückt: Wo die stickige Luft „steht“, ist es für den Menschen unangenehmer, als in Stadtteilen, die gut durchlüftet sind oder bepflanzte Ecken sich erhalten haben.



Nicht nur das: Die Klimaanalyse gibt auch Hinweise, was die Politik im Interesse eines guten städtischen Klimas tun oder besser lassen sollte – aufgedröselte auf insgesamt zehn kleinräumige Gebiete der Stadt. Da liest man – wenn man denn lesen will: Erhaltet die Grünflächen, vermeidet Innenflächenbebauungen, erhaltet Bäume, Gärten, Wiesen, baut nicht noch zusätzlich breite Straßen. Und dann das: Obwohl diese Klimanalyse bekannt ist, heben die Mehrheiten in den Ausschüssen immer noch die Finger für – eben !! – Innenflächenbebauungen, Beseitigung des Grüns zum Beispiel an Spielplätzen, jubeln CDU und SPD über den Ausbau der B 224 zur A 52. Es ist nicht zu fassen, man müsste sie mit den CD's werfen, auf denen die Klimanalyse geliefert wird!

Aber es kommt noch schlimmer: Die „Klimaanalyse Bottrop“ stellt ja nur den Stand von 2006 dar, der kommende Klimawandel – Erderwärmung, trockene Sommer, Starkregen usw. – sind noch gar nicht berücksichtigt!

Die DKP hat jedenfalls Ratsvertreter und Ausschussmitglieder, die diesbezüglich schon Anträge gestellt haben:

- Sondersitzung zum Klimawandel,
- Erhaltung von Gärten und Innenflächen,
- Erhaltung von Spielplätzen, keine Bebauung usw.

Wenn Sie also einen (politischen) Klimawandel zum Guten haben wollen, werden Sie wohl DKP wählen müssen.

Jörg Wingold, Tel. 685911

Berneisen-Wäldchen

Schandfleck

Mit dem neuen Fußgängerweg parallel zum Kirchschemmsbach ist der skandalöse Zustand des Berneisenwäldchens sichtbar geworden. Es ist eine Schande, wie dieses kleine Wäldchen in den letzten Jahren verkommen ist.

Wo es früher einen kleinen Spielplatz und Wege im Wald gab, beherrschen jetzt umgestürzte Bäume das Bild. Es droht an dieser Stelle eine wilde Müllkippe zu entstehen. Das Grundstück gehört der Deutsche Annington, die es in die Verantwortung der Stadtverwaltung gegeben hat. Daher muss diese auch das Berneisenwäldchen wieder ordentlich herurichten und für die Anwohner nutzbar machen. Wenn das neue AWO-Seniorenzentrum „Schattige Buche“ fertiggestellt ist, muss dieser Schandfleck beseitigt sein!

Dies gilt auch für die Rheinbabensstraße, wo gegenüber der Rheinbabensauna ein Privatgrundstück zu einer Müllkippe verkommt. Dies darf die Stadt nicht zulassen und muss dort einschreiten!

Die DKP-Fraktion ist bezüglich des Berneisenwäldchens übrigens schon aktiv geworden: In der Bezirksvertretung Mitte wurde die Stadtverwaltung aufgefordert, umgehend die Sanierung in Angriff zu nehmen. Wir halten Sie auf dem Laufenden!

Manfred Plümpe, Tel. 94135

Parken am Hbf

Lehren aus dem leeren Parkhaus

Alle Jahre wieder ist im Bau- und Verkehrsausschuss die P + R Anlage am Bottroper Hauptbahnhof Thema. So auch jetzt wieder: Das Parkhaus am Bahnhof steht nämlich fast leer. Viele Pendler parken lieber in den umliegenden Straßen, als das Parkticket zu bezahlen.

Das ist doch verständlich, da die Fahrpreise für den Öffentlichen Personalverkehr schon teuer genug

sind und der VRR jedes Jahr an der Preisschraube dreht.

Die DKP-Fraktion hat von Anfang an die Auffassung vertreten, dass das Parken im Parkhaus am Bottroper Hauptbahnhof für Besitzer eines VRR- bzw. DB-Tickets kostenlos sein sollte. Wenn man die Bürgerinnen und Bürger dafür gewinnen will, dass sie in Zukunft mehr den ÖPNV nutzen – und das sollte in unser aller Interesse liegen – darf man nicht noch dazu übergehen, ihr umweltbewusstes Verhalten mit Gebühren zu bestrafen.

Hinzu kommt, dass für viele Bottroper die Buslinien, die den Hauptbahnhof anfahren, zu unattraktiv, teilweise aus den Stadtteilen schlecht erreichbar und oft zu unpünktlich sind, sodass sie darauf angewiesen sind, mit dem Pkw den Hauptbahnhof anzufahren.

Nun hat die DKP-Fraktion den Vorschlag gemacht, versuchsweise wenigstens den Inhabern eines Young-Tickets, also Auszubildenden, Zivildienstleistenden, Studenten usw. das Parken im Parkhaus kostenlos

zu gewähren. Dann könnte die Stadtverwaltung einmal prüfen, wie sich das Verhalten der Pendler ändert.

Doch wieder einmal wurde der Vorschlag abgelehnt. Wer Parkgebühren in der City abschaffen kann, der muss auch das Umweltbewusstsein gerade von jungen Menschen fördern und nicht bestrafen.

Die DKP-Fraktion fordert weiterhin das Parkhaus für Pendler kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Ulrich Kunold, 688456

Spielplätze erhalten

Sanierung auf Kinderkosten

Aus Kostengründen sollen in Bottrop 15 (fünfzehn!!) Spielplätze geschlossen werden. Die jährliche Einsparung der Unterhaltungskosten betragen 42.000 Euro.

Die DKP hatte sich bereits im letzten Jahr als einzige Fraktion im Rat entschieden gegen diese Schließung ausgesprochen und die Vermutung geäußert, dass die Grundstücke bebaut werden sollen. Dies hat sich nun bestätigt.

Die Verwaltung plant jetzt, die Spielplätze als Bauland auszuweisen. Darunter sind die Spielplätze am Maybachweg, Brahmweg, Liborweg, Imkerweg und Vikarskamp, an der Kolkenbrock-, Ludgeri-, Böttcher- und Breslauer Straße. Zahlreiche Unterschriften von Kindern und Anwohnern wurden gegen die Schließungen gesammelt. Als Grund für die Aufgabe der Spielplätze wird die angebliche geringe Nutzung durch Kinder angeführt. Dass dazu mangelnde Pflege und unattraktive Spielgeräte mit bei-

tragen, wird im Rathaus ignoriert. Die Einwohnerstruktur unterliegt langfristigen Änderungen. Für künftige Generationen von Kindern und Jugendlichen wird der Platz für gefahrloses Spielen mit Gleichaltrigen immer kleiner. Die Spielplätze dienen auch der Erholung für die Anwohner. Der dort vorhandene



Noch sieht er benutzbar aus: Spielplatz an der Böttcherstrasse in Kirchhellen – aber auch dieser soll plattgemacht und bebaut werden.

Baumbestand erfüllt eine wichtige ökologische Funktion: Hier, heute und in Zukunft.

Kinder brauchen Platz zum Spielen und Toben wie die Luft zum Atmen! Die DKP fordert die Erhaltung der Spielplätze! Kein Spielplatz darf bebaut werden! Allein für zwei Spielplätze hat die Stadt einen Verkaufswert von 455.000 Euro errechnet. Auf Kosten der Kinder darf die Stadt sich nicht sanieren.

Dagmar Gerber, Tel. 96227

Sand im Getriebe

Gerber gewinnt gegen Siemens

Die Abwicklung seiner Handy-Sparte holt den Siemens Konzern immer wieder ein. Jetzt gewannen fünf Beschäftigte ihr Berufungsverfahren vor dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf.

Siemens muss die Beschäftigten, darunter den ehemaligen Betriebsrat Michael Gerber, weiter beschäftigen, da Siemens die Belegschaft des Handy-Bereiches vor dem Betriebsübergang nach BenQ unzureichend informiert hat. Erfolgreich haben die Beschäftigten damit dem Betriebsübergang von Siemens nach BenQ widersprochen. Dies ist ein wichtiger juristischer Erfolg, der die Rechte von Belegschaften gegen Unternehmerwillkür stärkt.

Nach Meinung des Landesarbeitsgerichtes war das Informationsschreiben des Siemens-Konzerns an die Belegschaft der Handy-Sparte in München und Kamp-Lintfort fehlerhaft. Der neue Eigentümer sei nicht eindeutig zu identifizieren gewesen, ob es sich um die BenQ Corp. in Taiwan oder die BenQ-Mobile gehandelt habe. Auch fehlte eine Anschrift des neuen Erwerbers.

Siemens hätte die Beschäftigten darüber informieren müssen, dass die BenQ-Mobile ein neu gegründetes Tochterunternehmen sei, das nur mit einem Haftungskapital von 50.000 Euro ausgestattet war. Damit wurde deutlich, dass die Kapitalausstattung einer „Garagenfirma“ nicht ausreicht, um ein Unternehmen mit 3.000 Beschäftigten zu führen. Dem Siemens-Konzern ging es nur darum, eine ganze Be-

legschaft möglichst kostengünstig zu entsorgen. Vergeblich hat Siemens versucht, die Widersprüche gegen den Betriebsübergang als unzulässige Massenwidersprüche zu charakterisieren. Dieser Meinung hat sich das Gericht in seiner mündlichen Urteilsbegründung ausdrücklich nicht angeschlossen.

In einer Pressemitteilung des LAG hieß es vor Prozessbeginn bereits: „Siemenstag bei dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf“. Die Pressemeldungen danach machten die Siemens Niederlage deutlich: „Mitarbeiter gewinnen vor Gericht“ (WDR), „Sieg über Siemens“ (NRZ), „Siemens muss übernehmen“ (FAZ), „BenQ Mitarbeiter siegen über Siemens“ (Süddeutsche Zeitung), „Schlappe für Siemens“ (FR) und „Gerber siegt erneut über Siemens“ (WAZ).

Auf Wunsch des Siemens Anwalts wurde eine Revision des Urteils vor dem Bundesarbeitsgericht zugelassen. Siemens hat bereits angekündigt, davon Gebrauch zu machen. Dahinter verbirgt sich die Hoffnung, dass einige Kläger aus Kostengründen den Gang zum Bundesarbeitsgericht scheuen. Mit einer gefestigten Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes zur Informationspflicht bei Betriebsübergängen wird es Siemens und anderen Konzernen künftig schwerer gemacht, Belegschaften bewusst zu täuschen und zu entsorgen. Siemens hatte zuletzt Michael Gerber eine Abfindung von 66.200 Euro angeboten. Dazu Michael Gerber: „Ich lasse mir mein Recht nicht abkaufen!“

Günter Ziemmek, Tel. 7340005

Eigener Markt

Baustelle ohne Sinn und Verstand

Die erste Freude darüber, dass die seit vielen Jahren versprochene und immer wieder verschobene Neugestaltung des Eigener Marktes endlich begonnen hatte, war schnell verflogen.

Die ersten Leidtragenden waren die Fahrgäste der Vestischen Buslinien, die plötzlich im Regen

standen! Statt erst den neuen Pavillon zu errichten und nach dessen Fertigstellung den alten Verkaufsstand mit seiner Unterstellmöglichkeit abzureißen, wurde beides gleichzeitig begonnen – mit der Folge, dass die Fahrgäste wochenlang ohne Unterstellmöglichkeit bleiben.

Der Fortschritt in Bottrop ist bekanntlich eine Schnecke!

Jetzt gleicht der Zugang zum „verlegten“ Eigener Markt auf dem Parkplatz auch noch einem Hindernislauf!

Gleichzeitig werden und wurden überall Erdarbeiten begonnen, ohne sich Gedanken zu machen, wie wir Eigener die Marktstände erreichen können. Gute Planung sieht anders aus!

Auch eine richtige und umfassende Information für die Bevölke-

rung und die Markthändler sollte möglich sein. Da die Bauarbeiten sich noch länger hinziehen werden, muss schnell Abhilfe geschaffen werden. Der jetzige Zustand ist unhaltbar. Die Marktstände müssen während der Bauphase ohne Umwege weiter ungehindert zugänglich sein. Dies muss auch für die Bewohner des AWO-Seniorenzentrums gelten!

Manfred Plümpe, Tel. 688456

Steinbrück in Bottrop

Nicht freundlich!

Das wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten: So schrieb der Berliner Tagespiegel über den Auftritt von Finanzminister Steinbrück (SPD) beim 1. Mai in Bottrop: „Als der Minister ans Mikrofon tritt, hat er sein Publikum schon verloren. Peer Steinbrück weiß das in diesem Augenblick.“

Aber er sieht auch ein wenig so aus, als sei es ihm egal: Schultern fest, Mund leicht geöffnet, der Unterkiefer ragt bedrohlich weit nach vorn. In Berlin, wo Steinbrück Finanzminister ist, da kennt man diesen Ausdruck des Missvergnügens schon. Gleich wird er drauflos poltern, wird mit schneidigen Sätzen sagen, was er zu sagen hat. Und dann ist Feierabend.

Er ist nicht herzlich in Bottrop empfangen worden an diesem Tag. Obwohl Steinbrück, 61, seit Jahrzehnten Sozialdemokrat ist, seine Familie gar nicht so weit weg von hier wohnt und er selbst in Nordrhein-Westfalen jahrelang Politik betrieben hat. Ja sogar Ministerpräsident war er mal. Unfreundlich gepiffen haben die Bottroper dennoch zur Begrüßung.

Nicht erwähnt hat der Tagespiegel, dass es gute Gründe gibt, den Herrn Minister auszupfeifen, schließlich ist es mit für die unsziale Politik der schwarz-rosa Bundesregierung verantwortlich. Dass er seine Gegner kennt, war seiner etwas weinerlichen Rede zu entnehmen auch: Die Gewerkschaften und die Kommunisten – von denen kamen nämlich die Zwischenrufe!

Franz Kemptner, Tel. 91686



Maikundgebung in Bottrop: Ratsfrau Irmgard Bobrzik wie immer am Transparent der IG Metall. Die DKP war mit einem großen Spruchband gegen den Großkonzern RWE vertreten.

Impressum

NOTIZEN aus Bottrop und Kirchhellen

Ich möchte...

- Informationen über die DKP bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen
- Mitglied werden.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Herausgegeben von der DKP-Ratsfraktion im Rat der Stadt Bottrop. V.i.S.d.P.: Michael Gerber, Germaniastr. 54, 46236 Bottrop. ☎: s. o., ☎: 68 81 57, Email: dkp-bottrop@t-online.de, www.dkp-bottrop.de

Auflage: 20.000. Druck: RollenoffsetdruckKiel. Satz: Anke Pfromm, RuhrEcho Verlag, Bochum

Meldungen aus dem Rat und den Ausschüssen

Ein neuer Name sollte her für den Sportplatz an der Horster Strasse, der neu (um-)gebaut werden musste. Bisher war der Platz im Volksmund als Rhenania-Platz bekannt, schließlich spielt dieser Verein dort. Also warum nicht auf den Volksmund hören, meinte die DKP: Belassen wir es beim Namen Rhenania-Sportplatz. Da waren aber die anderen Parteien taub, die hören den Volksmund nicht gern: Die Mehrheit stimmte für „Sportplatz Arenberg-Fortsetzung“. Auf den Volksmund höre nicht, insbesondere, wenn er aus den Kommunisten spricht...

Das Jugendamt hat seine Öffnungszeiten vereinheitlicht – und zwar so, dass nur noch einmal pro Woche nachmittags Publikumssprechzeiten sind. Die DKP kritisiert, dass auch Berufstätige öfter die Möglichkeit haben müssen, Ämter aufzusuchen – und das geht meistens nur am Nachmittag. Warten wir also auf die nächste Horrormeldung aus den Nachrichten, vielleicht tut sich ja dann was bei der Erreichbarkeit...

So langsam, aber sicher, schließen die Geschäfte im Hansa-Zentrum eines nach dem anderen. Das größte – Extra – wird seine Pforten dicht machen und betreibt Ausverkauf. Die Mitarbeiter, meist Frauen, verlieren ihre Jobs. Die DKP hatte den Oberbürgermeister aufgefordert, sich für den Erhalt der Arbeitsplätze einzusetzen – leider ohne Erfolg. So wird bald das Hansa-Zentrum schließen und – so ist zu hören – nach Umbauten als Filiale einer Elektro-Großhandelskette neu zu öffnen. Wie zu hören ist, sind die Bottroper in der Lage, ihr Geld mehrmals auszugeben, ganz besonders arbeitslose Verkäuferinnen!

Drei Minuten dauerte etwa die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) im Mai nach der gemeinsamen Sitzung mit der Bezirksvertretung Mitte. Dazu trugen sich die Mitglieder noch alle in gesonderte Anwesenheitslisten ein. Man wollte ja nicht die Chance verpassen, eventuell für beide Sitzungen noch die entsprechenden Sitzungsgelder zu kassieren. Zaster, Knete, Moos, Penunsen – darum geht es doch wohl in der Politik. Die DKP wird nachhaken!

Im Eigen

Bebauung gegen Bürgerinteressen

An der Krümmerstrasse im Eigen will die Deutsche Annington 45 Eigenheime errichten lassen. Bis vor einigen Jahren standen an dieser Stelle Behelfsbaracken.

Auf einer Bürgerversammlung vor vier Jahren, gab es bereits deutlichen Protest der Bürger gegen die geplante enge Bebauung.

Die Anwohner der Stenkhoffstrasse wollten zu ihren Grundstücken auch das bisher genutzte Gartenland kaufen. Bürgermeister Klaus Strehl (SPD) damals zu den Anwohnern: „Diese Pläne sind nicht in Stein gemeißelt.“ Trotz mehrerer Anfragen der Anwohner beim Bauträger – der dann auch mal wechselte – gab es keine Reaktion.

Das böse Erwachen kam vor einigen Wochen, als das ganze Gelände gerodet wurde. Auch alter Baumbe-

stand, der erhaltenswert war, fiel der Motorsäge zum Opfer. Als nächstes sollten zwei Gartenhäuser von Hauseigentümern der Stenkhoffstrasse abgerissen werden, da diese in einem Fall 5 Zentimeter (!) über der neuen Grundstücksgrenze stehen. Einen ersten Teilerfolg haben die Anwohner jetzt im Planungsausschuss erreicht. Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde von der Tagesordnung genommen, damit zunächst Gespräche der Anwohner der Stenkhoffstrasse mit dem Bauträger über den Ankauf von bisher genutztem Gartenland stattfinden können.

Der Neubau von Eigenheimen an der Krümmerstrasse/Schwarzwiese muss sich der Siedlungsstruktur der Rheinbabensiedlung anpassen. Dazu gehören die charakteristischen Gärten. Eine Bebauung, die an „Wohnhaft“ oder Käfighaltung erinnert, darf es nicht geben! *Michael Gerber*